Gemeinde Roggenstorf

Vorlage öffentlich

VO/06GV/2021-0312

öffentlich

Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes der Gemeinde Roggenstorf

<i>Organisationseinheit:</i> Finanzen <i>Sachbearbeiter:</i> Kristine Lenschow	<i>Datum</i> 29.12.2021 <i>Verfasser:</i> Lenschow, Kristine
---	---

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Geplante Sitzungstermine</i>	<i>Ö / N</i>
Gemeindevertretung Roggenstorf (Entscheidung)	12.01.2022	Ö

Beschlussvorschlag

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Roggenstorf beschließt die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes für das Haushaltsjahr 2022 und die Finanzplanjahre 2023 bis 2025.

Sachverhalt

Gesetzliche Grundlage für die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes bildet der § 43 der Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Finanzielle Auswirkungen

--	--	--

Anlage/n

1	Fortschreibung HSK nach Beschluss GV (öffentlich)
---	---

**Fortschreibung des
Haushaltssicherungskonzeptes
der Gemeinde Roggenstorf
für das Jahr 2022
und die Finanzplanjahre 2023-2025**

Grevesmühlen, 12.01.2022

Inhalt

I. Das Haushaltssicherungskonzept der Gemeinde Roggenstorf	3
II. Entwicklung der Haushaltssituation	3
III. Stand der Umsetzung der bisher beschlossenen Maßnahmen	4
IV. Festlegung von weiteren Maßnahmen/Maßnahmenblätter	6

I. Das Haushaltssicherungskonzept der Gemeinde Roggenstorf

Die Gemeinde Roggenstorf befindet sich seit dem Jahr 2011 in der Haushaltssicherung. Das Haushaltssicherungskonzept wurde in den Folgejahren fortgeschrieben.

Gemäß § 43 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern ist das Haushaltssicherungskonzept über den Konsolidierungszeitraum mindestens jährlich fortzuschreiben und diese Fortschreibung bei negativen Abweichungen vom bereits beschlossenen Konzept von der Gemeindevertretung zu beschließen.

Bezweckt wird hiermit, den gebotenen Haushaltsausgleich möglichst bald wiederzuerlangen oder eine drohende Fehlentwicklung zu verhindern. Als Instrument zur Haushaltssicherung verbindet sich mit dem Konzept die Erwartung, die erforderlichen Anpassungsmaßnahmen anzustoßen, zu koordinieren und zu unterstützen. Zum anderen soll damit erreicht werden, dass der Haushalt nach erfolgreicher Konsolidierung so gesteuert werden kann, dass er auch in Zukunft nachhaltig auszugleichen ist.

II. Entwicklung der Haushaltssituation

Jahresabschluss für das Jahr 2020:

Der vorläufige Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2020 zeigt ein gegenüber der Haushaltsplanung verbessertes Bild. In der Finanzrechnung beträgt der Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen vor Abzug der ordentlichen Tilgung (ursprünglich geplant -196.500 Euro) nunmehr +26.309,73 Euro. Grund hierfür sind Mehreinzahlungen in den Realsteuern als Folge der beschlossenen Haushaltssicherungsmaßnahmen (+20 T€), Mehreinzahlungen aus Landeszuweisungen (für Coronabedingte Steuerausfälle +14,1 T€), Minderauszahlungen bei den Personalauszahlungen (-15,8 T€), den Sach- und Dienstleistungen (-105,5 T€, insbesondere bei der Unterhaltung der Gebäude, Straßen und Schullastenausgleich) sowie bei den Zuweisungen und Umlagen (-33,5 T€).

Die Gemeinde hat keine Tilgungsleistungen zu erbringen, womit der Jahresabschluss in der Finanzrechnung jahresbezogen ausgeglichen ist. Auch unter Berücksichtigung von Vorträgen konnte der Ausgleich in der Finanzrechnung erreicht werden. Investitionen wurden in Höhe von 28 T€ umgesetzt, wohingegen die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit 53,6 T€ (Investitionszuwendungen und Beiträge) betragen. Der Finanzmittelfehlbetrag (in der Haushaltsplanung -646,6 T€) hat sich aufgrund des obigen Saldos und nicht umgesetzter Investitionen auf +51,9 T€ verbessert. Da die Gemeinde zum Jahresbeginn 2020 noch über liquide Mittel von 762,1 T€ verfügte, war die Zahlungsfähigkeit jederzeit gegeben.

In der Ergebnisrechnung hat sich der ursprünglich geplante Fehlbetrag von -276,3 T€ auf +15,6 T€ (unter Annahme, dass die bislang hochgerechneten Abschreibungen und Sonderposten stimmen) verbessert.

Jahresabschluss für das Jahr 2021:

Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2021 lag bis Redaktionsschluss noch nicht vor.

Haushaltsplanung 2022/2023:

Der Haushalt der Gemeinde Roggenstorf weist im Ergebnishaushalt kein positives Jahresergebnis (2022: -285.300 Euro, 2023: -249.800 Euro) aus. Die Vorträge summieren sich zum Ende des Finanzplanungszeitraumes auf -1,66 Mio. Euro. Die Gemeinde wird weitere Anstrengungen unternehmen müssen, um künftig den vollständigen Haushaltsausgleich herzustellen.

Der Finanzhaushalt kann aktuell noch unter Berücksichtigung von Vorträgen aus den Haushaltsvorjahren ausgeglichen werden.

Die Gemeinde verfügt zum Ende des Haushaltsjahres 2022 voraussichtlich über liquide Mittel von rund 279 Tsd. Euro (2023: 82 Tsd. Euro) und wird in dieser Höhe Forderungen gegenüber der Einheitskasse ausweisen. Zur Finanzierung der Investitionen, insbesondere in die Infrastruktur, ist die Aufnahme von Krediten in Höhe von 426.400 Euro (2022) und 698.200 Euro (2023) erforderlich. Für das vorgesehene umfangreiche Investitionsprogramm werden auch in den beiden folgenden Finanzplanjahren erhebliche Kreditaufnahmen erforderlich, da aus dem laufenden Bereich keine Überschüsse erwirtschaftet werden. Der Schuldenstand der Gemeinde steigt dann bis zum Ende des Finanzplanungszeitraumes auf über 2 Mio. Euro. Die dafür zu erbringenden Zins- und Tilgungsleistungen werden den Haushaltsausgleich zusätzlich erschweren. Daher wird ein Großteil der Investitionen nur realisierbar sein, wenn hierfür Fördermittel eingeworben werden können.

Bis einschließlich 2024 bleibt die Gemeinde aus gegenwärtiger Sicht unter Berücksichtigung der Aufnahme von Investitionskrediten zahlungsfähig. Zum Ende des Finanzplanungszeitraumes (2025) weist die Gemeinde Verbindlichkeiten gegenüber der Einheitskasse in Höhe von rd. -126 Tsd. Euro aus.

Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit

Die Gemeinde hat in den bereits aufgestellten Jahresabschlüssen bis einschließlich 2018 negative Ergebnisvorträge erwirtschaftet. In der Planung weist der Doppelhaushalt für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 und für die Finanzplanjahre bis 2025 jahresbezogene Fehlbeträge im Ergebnishaushalt aus. Unter Berücksichtigung des Ergebnisvortrages aus Vorjahren kann der Ergebnishaushalt nicht ausgeglichen werden.

Die Finanzrechnungen der bereits aufgestellten Jahresabschlüsse bis einschließlich 2018 weisen positive Salden aus den laufenden Ein- und Auszahlungen aus, die ausreichend sind, die planmäßigen Tilgungszahlungen zu decken. Auch die vorläufigen Finanzrechnungen 2019 und 2020 zeichnen ein adäquates Bild. In der Planung werden ab 2022 erhebliche negative jahresbezogene Salden erwirtschaftet, so dass der Finanzhaushalt nur unter Berücksichtigung von Vorträgen ausgeglichen werden kann. Für das vorgesehene umfangreiche Investitionsprogramm werden sowohl in den beiden Haushaltsplanjahren als auch in den beiden folgenden Finanzplanjahren erhebliche Kreditaufnahmen erforderlich, da aus dem laufenden Bereich keine Überschüsse erwirtschaftet werden. Der Schuldenstand der Gemeinde steigt dann bis zum Ende des Finanzplanungszeitraumes auf über 2 Mio. Euro. Die dafür zu erbringenden Zins- und Tilgungsleistungen werden den Haushaltsausgleich zusätzlich erschweren.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die die dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde negativ beeinflussen könnten, sind nicht bekannt.

Nach den Kriterien zur Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit von Gemeinden (Anlage 6 zur Gemeindehaushaltsverordnung Doppik) ist von einem Wegfall der dauernden Leistungsfähigkeit der Gemeinde Roggenstorf auszugehen, da der Ausgleich des Ergebnishaushaltes im Haushaltsjahr und im Finanzplanungszeitraum

nicht erreicht wird und innerhalb des im Haushaltssicherungskonzeptes angegebenen Konsolidierungszeitraum nicht dargestellt werden kann.

Ist die dauernde Leistungsfähigkeit einer Gemeinde eingeschränkt, gefährdet oder weggefallen, ist die Gemeinde gemäß § 17 a der Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik M-V verpflichtet, in Abhängigkeit vom Ausmaß und den Ursachen der bestehenden Haushaltsprobleme unverzüglich alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, die zur Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit erforderlich sind. Dabei sind die Notwendigkeit und der Umfang der Aufwendungen und Auszahlungen im pflichtigen Aufgabenbereich, die Angemessenheit von Aufwendungen und Auszahlungen im freiwilligen Aufgabenbereich sowie die Möglichkeiten zur Erhöhung der Erträge und Einzahlungen zu prüfen.

Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Haushaltsjahr oder in Haushaltsfolgejahren sind bei eingeschränkter, gefährdeter oder weggefallener dauernder Leistungsfähigkeit nur zulässig, soweit die Folgekosten der geplanten Investitionsmaßnahmen die Erreichung des Haushaltsausgleichs zum Ende des Finanzplanungszeitraumes nicht gefährden oder die geplanten Investitionsmaßnahmen zur Sicherung der pflichtigen Aufgabenerfüllung notwendig sind oder der Wiedererlangung der dauernden Leistungsfähigkeit dienen oder ihr zumindest nicht entgegenstehen.

Daher ist die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes nach § 17b der Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik M-V dringend geboten.

III. Stand der Umsetzung der bisher beschlossenen Maßnahmen

Haushaltssicherungskonzept 2011:

Lfd.Nr.	Maßnahme	Umsetzung	Konsolidierungseffekt	
			geplant	tatsächlich
2011/1	Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer A	von 200 % auf 250 % mit Beschluss der Haushaltssatzung 2011 umgesetzt	3.500 €/a	3.516 €/a
2011/2	Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B	von 300 auf 360 % mit Beschluss der Haushaltssatzung 2011 umgesetzt	12.000 €/a	12.378 €/a
2011/3	Reduzierung der Zuschüsse für die Seniorbetreuung	um 600,00 Euro auf 1.500 Euro Die Ansätze in 2011 wurden auf insgesamt 1.500 € reduziert, jedoch um ca. 300 € überschritten.	600 €/a	300 €/a
2011/4	Reduzierung der laufenden Aufwendungen für den Winterdienst	Realisierung ab Haushaltsjahr 2011 Allein witterungsbedingt sanken die Ausgaben für den Winterdienst von 17.604,10 € auf 2.303,10 €.	1.000 €/a	15.000 €/a
2011/5	Einsparungen im Bereich der Freiwilligen Feuerwehr	2011: Reduzierung der Aufwendungen für die Fahrzeughaltung 2012: Schließung des Standortes Rankendorf	2.000 €/a	1.255 €/a (Vergleich 2011 zu 2010)

Fortschreibung 2012:

Lfd.Nr.	Maßnahme	Umsetzung	Konsolidierungseffekt	
			geplant	tatsächlich
2012/1	Neuabschluss Landpachtverträge	Neuer Pachtvertrag ab 1.10.2012	4.600 €/a	2.700 €/a
2012/2	Einsparungen bei den Aufwendungen für Straßenbeleuchtung	Komplettabschaltung ab 15.05.2012 für 3 Monate	k. A.	800 € (Vergleich 2013 zu 2011)

Fortschreibung 2013:

Lfd.Nr.	Maßnahme	Umsetzung	Konsolidierungseffekt	
			geplant	tatsächlich
2013/1	Schließung des Feuerwehrstandortes Rankendorf und Verkauf eines Teilgrundstücks	Die Gemeindevertretung hat sich um entschieden, da ein Gebäude für Gemeindearbeiter benötigt wird	2.500 €	-
2013/2	Verkauf des sich auf dem Feuerwehrstandort Rankendorf befindlichen Fahrzeuges	Am 8. Juli 2013 wurde der zuvor ausgesonderte und abgemeldete VW LT an die Gemeinde Uphahl verkauft.	Einmalig 500 € Erlös, Jährlich 300 € Einsparung	600 Euro Verkaufserlös Zzgl. jährliche Einsparung ca. 300 €

Fortschreibung 2014:

- Keine neuen Maßnahmen beschlossen.

Fortschreibung 2015:

Lfd.Nr.	Maßnahme	Umsetzung	Konsolidierungseffekt	
			geplant	tatsächlich
2015/1	Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer A	von 276 % auf 280 % mit Beschluss der Haushaltssatzung 2015 umgesetzt	2.000 €/a	1.708 €/a
2015/2	Erhöhung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer	von 300 auf 320 % mit Beschluss der Haushaltssatzung 2015 umgesetzt	9.000 €/a	4.406 €/a
2015/3	Übernahme der Reinigungsarbeiten im Luise-Reuter-Haus durch den Gemeindegewerkschafter	Realisierung ab 2015	3.400 €/a	1.700 €/a
2015/4	Nachbesetzung der Stelle des Gemeindegewerkschafter durch zwei halbe Stellen, keine Nachbesetzung des zweiten Gemeindegewerkschafter nach Renteneintritt 2016	Realisierung 2016	1.700 €/a	1.445 €/a
2015/5	Einsparungen in den Stromkosten für die Straßenbeleuchtung	Realisierung ab 2015	4.700 €/a	3.600 €/a (Vergleich 2014 zu 2015)

Fortschreibung 2016:

Lfd.Nr.	Maßnahme	Umsetzung	Konsolidierungseffekt	
			geplant	tatsächlich
2016/1	Pachtpreisanpassung Landpachtvertrag	stufenweise Anpassung 2016 - 2018	33.000 €/2016 – 2018	7.400 € in 2016 3.500 € in 2017 3.600 € in 2018

Fortschreibung 2017:

Lfd.Nr.	Maßnahme	Umsetzung	Konsolidierungseffekt	
			geplant	tatsächlich
2017/1	Anpassung des Hebesatzes für die Grundsteuer A	von 280 % auf 320 % mit Beschluss der Haushaltssatzung 2017 umgesetzt	2.800 €/a	3.964 €/a
2017/2	Anpassung des Hebesatzes für die Grundsteuer B	von 360 % auf 380 % mit Beschluss der Haushaltssatzung 2017 umgesetzt	2.200 €/a	3.743 €/a
2017/3	Anpassung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer	von 320 % auf 340 % mit Beschluss der Haushaltssatzung 2017 umgesetzt	3.500 €/a	4.588 € in 2017 5.995 € in 2018

Fortschreibung 2018

- Keine neuen Maßnahmen beschlossen.

Fortschreibung 2020

Lfd.Nr.	Maßnahme	Umsetzung	Konsolidierungseffekt	
			geplant	tatsächlich
2020/1	Anpassung des Hebesatzes für die Grundsteuer A	von 320 % auf 339 % mit Beschluss der Haushaltssatzung 2020 umgesetzt	1.350 €/a	1.336 €/a
2020/2	Anpassung des Hebesatzes für die Grundsteuer B	von 380 % auf 427 % mit Beschluss der Haushaltssatzung 2020 umgesetzt	5.400 €/a	6.090 €/a
2020/3	Anpassung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer	von 340 % auf 381 % mit Beschluss der Haushaltssatzung 2017 umgesetzt	10.000 €/a	14.615 €/a
2020/4	Pachtpreisanpassungen für landwirtschaftliche Flächen	Wird mit Auslaufen der Verträge umgesetzt	2.000 €/a	1.809 €/a
2020/5	Grundstücksverkauf (ehemalige Garage an der Fritz-Reuter-Straße)	Verkauft: Flurstücke 14/2, 14/8, 25/8, 25/5, 25/10 und 25/12 als ein Baugrundstück, durch den Verlauf des verrohrten Hauptvorfluters von Roggenstorf über die Flurstücke 25/6 (alt) und 25/9 (alt) ist eine Bebauung und Bepflanzung nicht möglich.	90.000 €	82.111 €

IV. Festlegung von weiteren Maßnahmen 2022 ff

Die 2022 und in den Folgejahren auflaufenden Fehlbeträge des Ergebnishaushaltes machen es erforderlich, neben der Umsetzung der bereits beschlossenen Maßnahmen zusätzliche Einsparpotentiale zu erschließen.

Die Möglichkeit, weitere Erträge durch die Erhöhung von Steuern und Abgaben zu erschließen, wurde bereits in den Vorjahren realisiert. Die Hebesätze für die Realsteuern wurden zuletzt mit der Haushaltssatzung 2020 angepasst, sie liegen auf oder oberhalb des Landesdurchschnittes. Die Gemeinde hat in den Vorjahren zudem weitere umfangreiche Konsolidierungsmaßnahmen umgesetzt.

Folgende Maßnahme wird neu beschlossen:

F 2022/1 Prüfung der Einführung einer Zweitwohnungsteuer

Die Maßnahme wird in den beigefügten Maßnahmenblatt detailliert beschrieben. Außerdem sind die notwendigen Handlungsvorgaben und die mit der Umsetzung belasteten Zielgruppen aufgeführt.

Der vollständige Haushaltsausgleich (Ergebnishaushalt) kann auch im Finanzplanungszeitraum nicht erreicht werden.

Es handelt sich um ein grundsätzlich strukturelles Defizit, dem auch durch Kürzung weiterer freiwilliger Leistungen und Steuererhöhungen über das vorgeschlagene Maß hinaus nicht mehr beizukommen ist.

Anlage zur Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2022

Gemeinde: Roggenstorf

Teilhaushalt:	2	Produkt:	61101	
Budget-VA:	Frau Lenschow	Produkt-VA bzw. zugeordnetes PSK:	Frau Lenschow 4034	Lfd. Nr. F 2022/1
Maßnahme				
Prüfung der Einführung einer Zweitwohnungsteuer				
Erläuterungen/Bemerkungen				
<p>Die Gemeindevertretung hat in ihrer Sitzung am 12.01.2022 festgelegt, dass die Einführung einer Zweitwohnungssteuer geprüft wird, da einige Zweitwohnungen im Gemeindegebiet vorhanden sind. Für Bürger, die mit Nebenwohnsitz gemeldet sind, erhält die Gemeinde keine Zuweisungen. Angesichts der Haushaltslage ist die Einführung einer Zweitwohnungssteuer zu prüfen und deren Einführung gegebenenfalls vorzubereiten.</p>				
Zeitliches Wirksamwerden				
☐ kurzfristig ☒ mittelfristig ☐ langfristig				
Besonders betroffen von der Maßnahme				
<p>Eigentümer/Mieter, die in der Gemeinde Roggenstorf mit Zweitwohnsitz gemeldet sind.</p> <p>Davon sind i.d.R. befreit: Wohnungen freier Träger der Wohlfahrtspflege und der Jugendhilfe, Wohnungen in Pflegeheimen u.ä., in Frauenhäusern, ein Teil der Gartenlauben, Zweitwohnungen zur Einkommenserzielung, Personen bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres, die zum Zwecke der Schul- oder Berufsausbildung eine Nebenwohnung haben, Nebenwohnungen aus beruflichen Gründen und weitere. Genaueres ist durch die Satzung zu regeln.</p>				
Einsparungsmöglichkeiten/Vorteile				
<p>Die Mehrerträge sind abhängig von der Anzahl der steuerpflichtigen Zweitwohnsitze.</p> <p>Annahme: 250 €/Monat Nettokaltmiete x 12 Monate x 11 % = 330 €/a je Nebenwohnsitz x 3 Nebenwohnsitze = 990 €/a.</p> <p>Sollten Bürger aufgrund der Einführung der Steuer ihren Neben- auf Hauptwohnsitz ummelden, steigen die Einnahmen pro gemeldetem Hauptwohnsitz um 921,98 Euro/a, das ist nahezu das Dreifache der Zweitwohnsteuer.</p>				
Mögliche nachteilige Wirkungen				
<p>Mehrbelastung für die entsprechenden Mieter/Eigentümer.</p>				
Begleitmaßnahmen/Voraussetzungen				
<p>Erstellung, Beschluss und Bekanntmachung einer entsprechenden Satzung, Erfassung der Zweitwohnungsinhaber, Anlage der Stammdaten über die Software, Erhebung der Daten bei den Steuerpflichtigen und Prüfung auf tatsächliche Steuerpflicht, Veranlagung der Steuerpflichtigen</p>				